

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	590
		<b>TOP:</b>	2
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	1412/2019
		<b>GZ:</b>	OB
<b>Sitzungstermin:</b>	20.11.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	OB Kuhn		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>VVS-Tarif ab 2020</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 15.11.2019, GRDRs 1412/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

OB Kuhn erinnert an die bereits in der 1. Lesung erfolgte Bearbeitung der Thematik. Sollte es nach dem Jahr 2019 im Jahr 2020 erneut zu einer Nullrunde bei den VVS-Tarifen kommen, würde dies nach Abschätzung des VVS insgesamt rund 20 Mio. € kosten, und bei der Unterstellung eines Mengenwachstums von 1,8 % müsste bei dieser weiteren Nullrunde dann noch ein Betrag von rund 10 Mio. € finanziert werden. Die Kostenträger wären das Land, die Landkreise und die Stadt Stuttgart (nicht der Verband Region Stuttgart).

Über die Aufteilung der Kosten hätten viele Gespräche stattgefunden. Nachdem das Land zunächst angeboten habe, 25 % zu finanzieren, habe sich das Land letztendlich bereiterklärt, über fünf Jahre ein Drittel (33,3 %) und danach dauerhaft 25 % zu übernehmen. Zweitens wolle das Land im Jahr 2025 aus den dann bis dahin hoffentlich realisierten Mehrerlösen die Nullrunde 2020, also die Finanzierungsanteile des Landes, der Landkreise und der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) abgelten; im Jahr 2025 werde eine Evaluation stattfinden. Sollte die LHS auf der Basis dieses ausverhandelten Vorschlags diese erneute Nullrunde umsetzen, würde sich der städtische Finanzierungsbeitrag auf 2,84 Mio. €/Jahr für die nächsten fünf Jahre belaufen. Anschließend, bei einem dann 25%igen Förderanteil des Landes, würde sich dieser Betrag etwas erhöhen; im Verlauf der Aussprache geht Herr Stammler (VVS) dann von 3,1 Mio. €/Jahr aus.

Von den Landkreisen gebe es zu dem Angebot des Landes noch keine abschließenden Rückmeldungen. Er selbst befürworte diese zweite Nullrunde, obwohl diese dauerhaft eine finanzielle Belastung darstelle, um die Botschaft der Tarifzonenreform nicht zu konterkarieren, sondern noch zu verstärken. Im Jahr 2021 könnte sich dies anders darstellen, aber aktuell seien die für das Jahr 2021 relevanten Zahlen in Gänze noch nicht bekannt.

StR Winter (90/GRÜNE) signalisiert, dass seine Fraktion bereit ist, für eine Nullrunde 2020 zu votieren und die in der 1. Lesung getroffene Entscheidung zu bekräftigen. Der tatsächliche Finanzierungsbeschluss könnte nach einer entsprechenden Entscheidung des VVS Aufsichtsrates erfolgen. An die Landkreise appelliert der Stadtrat, eine Nullrunde im kommenden Jahr zu unterstützen. Mit diesem Schritt solle versucht werden, neue Kunden zu erreichen, um zu einer wirksamen Verkehrswende zu kommen. Zudem weist er auf die anstehenden Ausbau- und Erneuerungsaufgaben im ÖPNV hin, damit mindestens bis 2030 eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen erreicht werden kann. An das Land BW gerichtet appelliert er, die von seiner Partei angeregte Nahverkehrsabgabe zu ermöglichen. Der damit zusammenhängende Mobilitätspass würde eine dauerhafte Vergünstigung des ÖPNV erlauben. Den Oberbürgermeister beglückwünscht er für das erzielte Verhandlungsergebnis.

Von StR Sauer (CDU) wird betont, dass der Oberbürgermeister bei dem zur Beratung anstehenden Thema sich der Unterstützung der CDU-Gemeinderatsfraktion sicher sein kann. Er wünscht dem Vorsitzenden viel Erfolg für dessen weitere Gespräche mit den Landkreisen, damit sich eine Nullrunde im Jahr 2020 umsetzen lässt. Dieses Ziel habe seine Fraktion bereits im Kommunalwahlprogramm zu der diesjährigen Gemeinderatswahl für die Jahre 2020 bis 2024 gefordert, und ein Antrag zu den laufenden Etatberatungen 2020/2021 zielt auf eine Nullrunde in den Jahren 2020 und 2021 ab. Die Nullrunde 2020 werde benötigt, um die Erfolgsgeschichte der Tarifzonenreform fortzusetzen. Mit der Reform sei es gelungen, die Fahrgastzahlen im Verbund um 50.000 Personen/Tag zu steigern, und dieser Erfolg gehöre ausgebaut, damit ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Lösung der Verkehrsprobleme geleistet werden könne. Für die Landkreise liege nun ein faires Angebot vor. Mit der Zusage der dauerhaften Mitfinanzierung durch das Land über das Jahr 2024 hinaus verbinde er die Hoffnung, dass sich dadurch der Hauptkritikpunkt der Landkreise ausräumen lasse. Von dort sei ja eine dauerhafte Mitfinanzierung durch das Land gefordert worden. Für richtig und wichtig werde es heute angesehen, mit einem Beschluss an den Verkehrsausschuss der Regionalversammlung sowie an die Landräte/Kreistage zu appellieren, dem Beispiel der Landeshauptstadt zu folgen (laut OB Kuhn ist der Beschluss im Verkehrsausschuss der Regionalversammlung von heute auf den kommenden Freitag vertagt).

Es gehe allerdings bei der Attraktivierung des ÖPNV, so StR Sauer weiter, nicht nur um eine Nullrunde, sondern ebenfalls um einen Ausbau des Leistungsangebots im VVS-Verbund. In diesem Zusammenhang nennt er - bezogen auf die S-Bahn - die Stichworte ETCS und Taktverdichtung sowie - bezogen auf die SSB - deren Stärkung, damit von dort neue, zusätzliche Aufgaben wahrgenommen werden können, die bereits im nächsten Jahr mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans finanziell hinterlegt und beschlossen werden sollen. Diesbezüglich beantrage die CDU-Gemeinderatsfraktion in einem Haushaltsantrag, der SSB dauerhaft, zumindest für die nächsten fünf Jahre, jährlich 25 Mio. € Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Zu Beginn seiner Ausführungen betont StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), seine Fraktionsgemeinschaft stehe eher für Nulltarif als für Nullrunden. Nichtsdestotrotz sei die Nullrunde und deren breite Unterstützung ein toller Erfolg. Natürlich unterstütze er eine Nullrunde 2020. Der ÖPNV-Ausbau, die Takt-/Leistungsverbesserung sowie eine sozialverträgliche Gestaltung eines Umstiegs auf den ÖPNV stelle die derzeitige Finanzierung durch die öffentliche Hand und Ticketeinnahmen vor grundsätzliche Fragen. Das für die Zukunft Notwendige lasse sich nicht mehr durch Tickets finanzieren. Um Defizite zu vermeiden, müsse für ein verändertes Finanzierungssystem gesorgt werden. Die CDU-Gemeinderatsfraktion sollte sich beim Landesinnenminister für eine Nahverkehrsabgabe einsetzen. Dann ließe sich eine solidarische Finanzierung realisieren.

StR Körner (SPD) befürwortet eine Nullrunde für 2020. Die SPD-Gemeinderatsfraktion frage sich aber, welche Linie der Oberbürgermeister verfolge. Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie die CDU-Gemeinderatsfraktion hätten in den letzten zehn Jahren die Ticketpreise jährlich deutlich erhöht und so den Anteil der Nutzerfinanzierung von unter 50 % auf über 60 % ansteigen lassen. Diese beiden Fraktionen machten sich nun besonders stark für Nullrunden. Zwar werde dies begrüßt, aber es würden schon auch Fragen dadurch ausgelöst. Konkret stellt er an den Oberbürgermeister gewandt die Frage, welche Linie er nun verfolgt. Der Oberbürgermeister habe kommuniziert, eine Tarifierhöhung sei im Jahr des OB-Wahlkampfes nur schwer zu vermitteln, anders sehe es jedoch im Jahr 2021 (nach der OB-Wahl) aus. Dem widerspricht der Vorsitzende, indem er darauf hinweist, dass, sollte ein Erhebungsbeschluss für 2021 kommen, dieser mitten im OB-Wahlkampf getroffen werden müsste. Für diesen Wahlkampf würde dann also für niemanden ein Vorteil entstehen. Der Gemeinderat müsste vielmehr verantwortungsvoll, unabhängig vom Ausgang der OB-Wahl, entscheiden. In der Folge thematisiert StR Körner, dass eine seien die Beschlüsse, und das andere sei der Zeitpunkt, zu dem eine Erhöhung oder keine Erhöhung erfolge. Diesbezüglich müsse schon zwischen der Zeit vor und der Zeit nach der OB-Wahl unterschieden werden.

Einen Fortschritt sieht StR Körner darin, dass bei der Kostenerwartung für das nächste Jahr der Mengeneffekt bereits eingepreist wird. Die Kostenentwicklung werde mit 3,5 %, die erwartete Mengenentwicklung mit 1,8 % beziffert und der Erhebungsvorschlag entsprechend niedriger. Beim Nahverkehrsentwicklungsplan sei vor einem Jahr beschlossen worden, den Nutzeranteil konstant zu halten. Dies würde eine Fahrpreiserhöhung lediglich in einem Umfang bedeuten, wie sie die Kosten abzüglich Mengenentwicklung erforderlich machten. Für ihn stellt sich die Frage, ob dies Gültigkeit hat. Eine weitere Frage ist für ihn, ob es zur Kompensation der Nullrunde im Jahr 2020 im Jahr 2021 eine Fahrpreiserhöhung gibt, die die Kostenentwicklung übersteigt. Die dritte Variante, so StR Körner, werde von seiner Fraktion seit einigen Jahren verfolgt, indem erklärt werde, es wäre fair, wenn 50 % der Kosten die Fahrgäste und die anderen 50 % die Allgemeinheit übernehmen würden. Durch die Tarifreform sei ein großer Schritt in diese Richtung erfolgt, da die Nutzerfinanzierung von etwas über 60 % auf ca. 55 % abgesenkt worden sei. Die Bürgerschaft habe ein Anrecht, darüber informiert zu werden, ob weiter in Richtung 50 % Nutzerfinanzierung agiert werde. Sollte dies zutreffen, würde dies der von StR Sauer skizzierten CDU-Linie entsprechen (Nullrunden in den nächsten fünf Jahren und somit jährlich eine ca. 1%ige Reduktion der Nutzerfinanzierung). Oder solle die Beschlusslage des Gemeinderats gelten (konstanter Kostendeckungsgrad)? In der 2. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2020/2021 werde bekannt sein, ob die Ausgleichszahlung für die SSB zum Ausgleich der Nullrunde 2020 benötigt werde. Seiner

Fraktion sei wichtig, wenn heute ein Beschluss erfolge, dass dann in jedem Fall, also auch in dem Fall, wenn eine Nullrunde unterbleibe, die Stuttgarter Fahrgäste im Jahr 2020 um 3 Mio. € entlastet werden. Dabei müsse es um Entlastungen gehen, die der Gemeinderat alleine entscheiden könne. Hier denke die SPD-Gemeinderatsfraktion an ein 365 €-Ticket für Azubis und die Meisterschüler/-innen. Damit die SSB neue, zusätzliche Leistungen erbringen könne, müsse in den Etatberatungen eine Unterstützung in Höhe von 110 Mio. € beschlossen werden. Seine Fraktion habe dazu wie andere Fraktionen einen Vorschlag unterbreitet.

Für StR Dr. Oechsner (FDP) stellen sich die Fragen, welche Effekte bei einer erneuten Nullrunde bei den ÖPNV-Kunden ankommen und ob es sich dafür lohnt, die nächsten fünf Jahre jeweils 2,84 Mio. € und danach jährlich 3,1 Mio. € aufzuwenden. Eine Erhöhung um 1,8 % für ein Ein-Zonen-Jahresticket würde für einen Kunden eine monatliche Mehrbelastung von 1 € bedeuten (1,8 % entspräche nicht der erwarteten Gesamtkostensteigerung, sondern nur der um das Mengenwachstum reduzierten Kostensteigerung). Für eine Einzelfahrkarte würde die Erhöhung 5 Cent ausmachen. Daher stelle sich die FDP-Gemeinderatsfraktion die Frage, ob ein Nullrundenbeschluss lediglich politisch motiviert sei. Ein solcher Beschluss würde dem System viel Geld entziehen, welches dringend für einen ÖPNV-Ausbau benötigt werde. Für ihn besteht weniger die Gefahr, dass regelmäßige Preiserhöhungen Menschen von der Nutzung des ÖPNV abhalten, sondern dass dieser Effekt eher dann eintritt, wenn ein ÖPNV-Ausbau - und damit eine Qualitätssteigerung - unterbleibt. Ebenso sieht er die Gefahr, dass eine weitere Nullrunde es notwendig machen könnte, auf einmal eine 5%ige Preiserhöhung vorzunehmen. Daher werde eine Nullrunde im Jahr 2020 abgelehnt und einer maßvollen Erhöhung um 1,8 % zugestimmt. Über eine Nahverkehrsabgabe könne nach Vorliegen des dafür erforderlichen gesetzlichen Rahmens gesprochen werden.

Von StR Schrade (FW) wird die erfolgte Tarifzonenreform als richtig und notwendig, aber eben auch als ein Kraftakt bezeichnet. Weiter thematisiert er, der ÖPNV gehöre ausgebaut, damit er den steigenden Herausforderungen gerecht werden kann; die Kosten einer Nullrunde würden dauerhaft anfallen, und es bestehe die Gefahr, in Zukunft eine größere Kostensteigerung vermitteln zu müssen (Nachholeffekt). Die Gemeinderatsfraktion Freie Wähler halte, um den ÖPNV zukunftsfähig aufzustellen, eine maßvolle Tarifierhöhung um 1,8 % für richtig.

StR Ebel (AfD) befürwortet eine paritätische Finanzierung der öffentlichen Hand und der ÖPNV-Kunden. Ungut wäre, wenn den Kunden nach der Tarifzonenreform mehrere Preiserhöhungen zugemutet würden. Die morgendliche Rushhour zeigt ihm, dass beispielsweise die Linie U6 nur noch über geringe Kapazitätsreserven verfügt. Eine kostenlose ÖPNV-Nutzung könnte die Frequentierung um 20 bis 30 % erhöhen, dafür reichten allerdings die Kapazitäten des ÖPNV nicht aus. Darüber hinaus merkt er an, etwas, das nichts koste, erfahre keine Wertschätzung, und damit würde Verkehr produziert, der ansonsten nicht stattfände.

ÖPNV, so StR Walter (PULS), verbräuche im Gegensatz zu Radfahren und Gehen Ressourcen. Dies sei ein gewichtiges Argument gegen einen kostenlosen ÖPNV. Er begrüßt eine weitere Nullrunde. Neben einem symbolischen Effekt könne es gelingen, weitere Kunden für den ÖPNV zu gewinnen. Aus der Tatsache, dass der ÖPNV die Vorteile eines PKWs nie erfüllen kann, leitet er die Bedeutung der Ticketkosten ab. Vielleicht werde die Bedeutung der Ticketpreise weiter zunehmen, indem durch die CO<sub>2</sub>-

Bepreisung die Kosten für PKWs ansteigen. Sollte eine Nullrunde nicht kommen, zeige sich PULS offen für tarifliche Verbesserungen auf Ebene der LHS.

Mit einer weiteren Nullrunde im Jahr 2020 würde man sich, so der Oberbürgermeister, der in mehreren Wortbeiträgen reklamierten 50 : 50-Finanzierung durch die öffentliche Hand und die Kunden weiter annähern. Für ihn gehört die mit der Tarifzonenreform begonnene Politik, dass der Preis kein Hindernis für die ÖPNV-Nutzung sein darf, fortgesetzt. Tarifsteigerungen hätten seiner Erfahrung nach immer eine doppelte Komponente. Einmal sei dies die materielle Belastung der Nutzer, und zum anderen handle es sich um eine psychologische Komponente, die sich auf das reale Verhalten der Menschen (pro/contra ÖPNV) gravierend auswirken könne. Es gehöre somit die Psychologie, aber auch die materielle Realität beachtet. Die Linie der Verwaltung sei also, den Finanzierungsanteil der Kunden weiter abzusenken. Weiter beinhalte seine Position, dass das System insgesamt finanzierbar sein müsse. Eine fünfjährige Nullrunde, wie von der CDU im Kommunalwahlkampf vertreten, wäre ein "reines Abenteuer", da heute niemand wisse, wie Kostensteigerungen z. B. durch Lohnerhöhungen und wie sich Mengeneffekte in diesen Jahren entwickelten. Anders würde es sich dann verhalten, wenn eine dauerhafte Finanzierungsquelle (Nahverkehrsabgabe) existieren würde, die für Tariffragen, aber auch für Investitionen herangezogen werden könnte. Geachtet werden müsse aber ebenfalls auf den komplexen Tarifentscheidungsmechanismus beim VVS. Die Fraktionen im Stuttgarter Gemeinderat könnten natürlich erklären, was sie politisch umsetzen wollen, aber er müsse es umsetzen; bei Tarifentscheidungen komme es darauf an, dass alle - das Land, die Landkreise und die Stadt - an einem Strang ziehen. Wenn ein Landkreis für das Jahr 2020 eine Nullrunde ablehne, müsse eine Tarifierhöhung in Höhe von 1,9 % vorgenommen werden. Seine Position zusammenfassend führt er folgende Aspekte an: Die Preissignale müssen es den Menschen erlauben, auf den ÖPNV umzusteigen, Jahr für Jahr muss die Finanzierung gesichert sein, Entscheidungen sind erst möglich, wenn die tatsächlich anfallenden Kosten absehbar sind.

In der Folge verliest er nachstehenden Vorschlag für einen Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat bekräftigt das Vorhaben, beim VVS eine Nullrunde für das Jahr 2020 zu beschließen. Die Kosten für die Stadt Stuttgart belaufen sich für die Jahre 2020 bis 2024 auf 2,84 Mio. €/Jahr und anschließend dauerhaft auf 3,1 Mio. €/Jahr.
2. Sollte die Nullrunde scheitern, beabsichtigt der Gemeinderat, die 2,84 Mio. €/Jahr für Tarifmaßnahmen zu veranschlagen, die allein die Stadt Stuttgart beschließen kann.

Zu Ziffer 2 ergänzt er, um welche Maßnahmen es sich dabei handle, werde gegebenenfalls im Wege der Haushaltsplanberatungen definiert.

In der Folge erklären StR Winter, StR Kotz und StR Rockenbauch ihre Zustimmung zu diesem Beschlussantragsvorschlag.

Von StR Dr. Oechsner wird angemerkt, die Nullrunde werde wie dargestellt abgelehnt, aber die Ziffer 2 werde unterstützt. Er regt an, beide Ziffern getrennt zur Abstimmung zu stellen.

Von StR Kotz wird es als möglich erachtet, heute schon eine politische Absichtserklärung für eine Nullrunde im Jahr 2021 abzugeben. Die dafür abschätzbaren Kosten könnten in den Etat 2020/2021 aufgenommen werden, wohl wissend dass beispielsweise eine Nachfinanzierung erforderlich werde. Am Ziel einer fünfjährigen Nullrunde werde festgehalten, aber heute gehe es um den Doppelhaushalt 2020/2021. Im Herbst 2021 werde sich seine Fraktion damit auseinandersetzen, ob weitere Nullrunden beantragt werden sollen.

Deutlich macht StR Rockenbauch, dass sich seine Fraktionsgemeinschaft heute durchaus schon für eine zweijährige Nullrunde aussprechen könnte. Grundsätzlich erklärt er, entscheidend bei der Wahl der Verkehrsmittel sei der Reisezeitgewinn, und in Zukunft seien die Vorteile eines Autos durch planerische Maßnahmen "gewaltig" zu verändern. Gewollt werde eine Stadt mit Lebensqualität, die Fußgängern/Radfahrern/ÖPNV mehr Räume durch Zurückbauen von Straßen zur Verfügung stelle.

Für StR Körner ist es unabdingbar, dass das bereits auf den Weg gebrachte 365 €-Ticket für Schüler/-innen nicht zu den Maßnahmen der Ziffer 2 des Beschlussantragsvorschlags gezählt wird. Er regt an, in diese Ziffer 2 die Formulierung "z. B. durch günstigere Fahrpreise für Azubis und Meisterschüler/-innen" aufzunehmen. Da heute lediglich eine Mitteilungsvorlage zur Beratung ansteht, bittet der Vorsitzende, darauf zu verzichten, seinen Beschlussantragsvorschlag durch solche Spezifizierungen zu ergänzen. Es sollten heute lediglich Bekräftigungen zum Ausdruck gebracht werden. Beschlüsse müssten ohnehin in der 2. bzw. 3. Lesung des Haushaltsplanentwurfs erfolgen. StR Kotz kann sich, anknüpfend an StR Winter, vorstellen, dass das Thema "Azubis/Meisterschüler/-innen" nicht nur dann zum Tragen kommen soll, wenn die Nullrunde scheitert. Gewollt werde doch beides. Daher sollte heute bekräftigt werden, dass die Nullrunde angestrebt werde, und zudem sollte der Gemeinderat bekräftigen, eine Absenkung für Azubis/Meisterschüler/-innen vornehmen zu wollen. Seines Erachtens könnte dies heute beschlossen werden, diese Bekräftigungen würden dann in die Etatberatungen aufgenommen. Diese Vorgehensweise bezeichnet StR Körner als unproblematisch.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung, in der die Verwaltung die Frage beleuchtet hat, in welcher Form bei der Behandlung der auf der Tagesordnung aufgeführten Mitteilungsvorlage ein Beschluss möglich ist, berichtet EBM Dr. Mayer, die Prüfung habe ergeben, dass über den vorgeschlagenen Beschlussantrag im Sinne einer Bekräftigung bzw. einer Absichtserklärung abgestimmt werden könne.

Daraufhin stellt OB Kuhn folgenden Beschlussantrag zur Abstimmung:

1. Der Gemeinderat bekräftigt das Vorhaben, beim VVS eine Nullrunde für das Jahr 2020 zu beschließen. Die Kosten für die Stadt Stuttgart belaufen sich für die Jahre 2020 bis 2024 auf 2,84 Mio. €/Jahr und anschließend dauerhaft auf 3,1 Mio. €/Jahr.
2. Sollte die Nullrunde scheitern, beabsichtigt der Gemeinderat, die 2,84 Mio. €/Jahr für Tarifmaßnahmen zu veranschlagen, die allein die Stadt Stuttgart beschließen kann.

Ergänzend merkt er an, weitere Beschlüsse, die seitens der Fraktionen in Form von Absichtserklärungen zum Ausdruck gebracht worden seien, könnten in der 2. Lesung gefasst werden.

Nachdem sich dagegen keine Einwendungen ergeben und StR Schrade wie StR Dr. Oechsner eine getrennte Abstimmung der beiden Antragsziffern wünscht, stellt der Oberbürgermeister fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die o. g. **Ziffer 1** bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich.

Der Verwaltungsausschuss beschließt die **Ziffer 2** einstimmig.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

## Verteiler:

- I. S/OB  
zur Weiterbehandlung  
S/OB-Mobil
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB  
VVS
  2. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  3. Rechnungsprüfungsamt
  4. L/OB-K
  5. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS